

Montag, 15. Februar 2021, Westerwälder Zeitung, Seite 24

5G-Kritiker fordern: Bund muss Risiken benennen

Westerwälder BI wendet sich mit gut 150 weiteren Gruppen an Regierung

Westerwald. Zusammen mit mehr als 150 weiteren Bürgerinitiativen (BI) und Vereinen hat die heimische BI „Bedenken gegen 5G – Westerwald“ in einem Offenen Brief an Politiker und sonstige Entscheidungsträger die 5G-Dialoginitiative der Bundesregierung kritisiert. Außerdem fordert das neu gegründete „Bündnis Verantwortungsvoller Mobilfunk“ ein 5G-Moratorium, eine Technikfolgenabschätzung durch unabhängige Experten, Strahlenminimierung und die Beachtung des Vorsorgeprinzips. Angesprochen mit dem Brief werden laut Pressemitteilung des Bündnisses der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin, Ministerien und Politiker von Bund und Ländern, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), die Strahlenschutzkommision (SSK) sowie die Öffentlichkeit.

Der Brief sei eine Reaktion des Bündnisses auf die Offensive der Bundesregierung „Deutschland spricht über 5G“ und enthält 17 Forderungen für eine gesundheitsverträglichere Mobilfunkversorgung. Thomas Warmbold, ein Mitglied des Bündnisses, bezeichnet das Vorgehen der Bundesregierung beim Mobilfunk als inakzeptabel: „Mit der Dialoginitiative verkauft die Bundesregierung 5G als attraktiv, ohne die Bevölkerung über die Risiken zu informieren. Vor den Gesundheitsgefahren warnen selbst wissenschaftliche Dienste der EU. Verschwiegen wird von der Bundesregierung auch der explodierende Energiebedarf durch 5G, der die Umweltkrise beschleunigen wird“, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Über die Möglichkeit der totalen Überwachung mit 5G und Big Data schweige sich das Dialogbüro der Bundesregierung gänzlich aus. Mit Textbausteinen aus den PR-Abteilungen der Industrie versuche die Bundesregierung, die kritischen Kommentare auf ihrer Dialogwebseite abzuspeisen. Daraufhin hätten die mehr als 150 Bürgerinitiativen den Offenen Brief unterschrieben. „Warnende wissenschaftliche Erkenntnisse und die gesundheitlichen Beschwerden der Betroffenen müssen endlich ernst genommen werden“, so eine Forderung.

Die Mobilfunkstrahlung werde auch von der WHO als möglicherweise krebsfördernd eingestuft. Neueste Forschungen bestätigten zudem Befindlichkeits- und Fertilitätsstörungen (Fruchtbarkeitsstörungen). Besonders empört sind die Bürgerinitiativen darüber, dass sich die Bundesregierung einer 5G-Technikfolgenabschätzung verweigere. Dazu Thomas Warmbold: „Der Rollout von 5G ist ein unverantwortlicher Feldversuch. Kein

Medikament würde bei der vorliegenden Studienlage zugelassen werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz und die Bundesregierung verstößen hier gegen alle Prinzipien einer gewissenhaften Vorsorgepolitik und bedienen die Geschäftsmodelle der Industrie. Mit unseren 17 Forderungen setzen wir uns dafür ein, dass die Alternativen, die es für die Strahlenminimierung und eine verantwortungsvolle Mobilfunkversorgung gibt, in den Parlamenten behandelt und von den Ministerien, Kommunen sowie der Mobilfunkindustrie umgesetzt werden.“

BI lädt zu Online-Podiumsdiskussion mit Landtagskandidaten

Vor der anstehenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hat die Bürgerinitiative „Bedenken 5G - Westerwald“ die Kandidaten aller Parteien, die sich für den Westerwald zur Wahl stellen, zu einer Online-Podiumsdiskussion zum Thema „Digitalisierung und 5G – mögliche Gefahren und Risiken“ am Donnerstag, 18. Februar, um 18 Uhr eingeladen. In der Diskussion sollen mögliche Risiken von 5G (und Hochfrequenzstrahlung allgemein) für die menschliche Gesundheit, für unsere Umwelt und das Klima sowie für unsere Demokratie und die Privatsphäre angesprochen werden. Außerdem wird es um Lösungsmöglichkeiten für eine gesundheits- und umweltverträgliche Mobilfunkversorgung gehen. Für Bürger besteht die Möglichkeit, an der Veranstaltung teilzunehmen und mit den Politikern zu diesen Themenbereichen ins Gespräch zu kommen.

Bei Interesse per Mail über das Postfach der Bürgerinitiative bi-ww@gmx.de anmelden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.